

Links auf links drehen: Neue Entwicklungen in der linksextremen Szene konsequent bekämpfen

**Beschluss
der CDU-Fraktion Berlin
14. Juni 2026**

ERAUS ZUM R

CDU FRAKTION
BERLIN

Links auf links drehen: Neue Entwicklungen in der linksextremen Szene konsequent bekämpfen

Linksextremismus stellt in Berlin weiterhin den extremistischen Phänomenbereich mit dem größten Personenpotenzial dar. Nach Angaben des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz werden dem linksextremistischen Spektrum rund 3.950 Personen zugerechnet, darunter etwa 650 gewaltorientierte Extremisten.¹ Dies zu benennen, bedeutet nicht, den Rechtsextremismus, den religiös motivierten Extremismus, den auslandsbezogenen und sonstige Formen des Extremismus klein zu reden, sondern die zahlenmäßig größte Bedrohung in Berlin ebenso klar als solche zu benennen. Auch die bundesweit erhobenen Fallzahlen des Bundeskriminalamts zur politisch motivierten Kriminalität zeigen, dass linksmotivierte Straftaten mit erheblichen Gewalttendenzen sowie Sachschäden in Millionenhöhe eine anhaltende Herausforderung für die Sicherheitsbehörden darstellen. Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei der deutliche Anstieg antisemitischer Straftaten im Phänomenbereich links: Gegenüber dem Vorjahr stieg ihre Zahl im Berichtszeitraum um 172,5 Prozent auf 109 registrierte Fälle.²

Der aktuelle Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz beschreibt zudem eine besorgniserregende strategische Entwicklung innerhalb der Szene: Teile des gewaltorientierten Linksextremismus reagieren auf eine selbst diagnostizierte politische Stagnation mit zunehmender Radikalisierung und der Organisation in klandestinen Kleinstgruppen. Insbesondere sogenannte „Öko-Anarchisten“ verübten gezielt Brandanschläge auf kritische Infrastruktur und riefen offen zu Nachahmungstaten auf.³

Welche konkreten Gefahren aus dieser Strategie erwachsen, zeigte der Anschlag auf das Berliner Stromnetz vom 3. Januar 2026. Rund 100.000 Berliner waren von den Folgen betroffen; in Teilen entstanden Situationen, die Leib und Leben gefährdeten. Diese und ähnliche Vorfälle gegen die Kritische Infrastruktur, wie der frühere Brandanschlag im

1 <https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/verfassungsschutzberichte/>

2 https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.html

3 <https://www.kas.de/de/analysen-und-argumente/detail/-/content/klimapolitisch-motivierte-sabotage-extreme-aktionsformen-im-namen-des-klimas>

September 2025 in Adlershof oder auch Angriffe auf Signalleitungen der Bahn, zeigen, dass es nicht ausreichend ist, einzelne Taten zum Gegenstand von Ermittlungen zu machen, sondern dass Strukturermittlungen geboten sind, um Tat- und Täterzusammenhänge aufzuhellen. Hinzu kommt die konkrete Benennung von Vertretern des Rechtsstaates als Feindbilder und als Ziel von 'Sanktionsmaßnahmen'⁴.

Für uns als CDU-Fraktion, die sich zu einem starken Rechtsstaat bekennt, folgt daraus eine klare Konsequenz: Der Staat muss extremistische Gewalt konsequent verfolgen und seine Handlungsfähigkeit entschlossen unter Beweis stellen. Dafür braucht es vor allem eine personell und organisatorisch leistungsfähige Sicherheits- und Justizarchitektur. Wir fordern deshalb den gezielten Ausbau von Ermittlungs- und Strafverfolgungskapazitäten im Bereich des politisch motivierten Extremismus. Hierzu gehören insbesondere zusätzliche personelle Ressourcen bei Polizei, Staatsanwaltschaften und – anteilig – den zuständigen Gerichten. Gerade in Zeiten angespannter Haushaltslage gilt: Sicherheit ist Kernbereich staatlicher Verantwortung. Der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, der öffentlichen Sicherheit und der Bürger verlangt deshalb auch die Bereitstellung ausreichender personeller und finanzieller Mittel.

Sicherheitspolitisch geboten ist zudem die verstärkte Ermittlung ideologischer und organisatorischer Überschneidungen zwischen linksextremistischen und islamistischen Milieus.⁵ Auch der auslandsbezogene Extremismus ist in eine Betrachtung einzubeziehen. Zunehmend ist eine „Entgrenzung“ dieser verschiedenen Bereiche festzustellen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei internationale Unterstützungsnetzwerke wie Samidoun, in denen sich antisemitische, antiwestliche und extremistische Narrative verdichten. Der Schutz jüdischen Lebens in Berlin muss dabei jederzeit handlungsleitende Priorität staatlicher Sicherheitspolitik bleiben.

Wir bitten die Innensenatorin:

- Um die Einrichtung eines ressortübergreifenden Lagebildes „Linksextremistische Gewalt“ mit regelmäßiger Auswertung aktueller Entwicklungen, Täterstrukturen und Gefährdungspotenziale;





⁴ <https://de.indymedia.org/node/736941>

⁵ <https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Eine+neue+Querfront+von+Linksextremisten+und+Islamisten.pdf/3715bc36-369e-2300-61ec-df9f6cbf935b?version=2.0&t=1710251388180>; <https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/publikationen/verfassungsschutzberichte/verfassungsschutzbericht-berlin-2025-pressefassung.pdf?ts=1780397957> (S. 52, 62).

- Maßnahmen zu ergreifen, um den Ausbau von Strukturermittlungen, um organisatorische Zusammenhänge, Netzwerke und Tatstrukturen im gewaltorientierten links-extremistischen Milieu frühzeitig zu erkennen und wirksam aufzuklären.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

-  Telefon: (030) 23 25 21 15
-  Telefax: (030) 23 25 27 65
-  mail@cdu-fraktion.berlin.de
-  www.cdu-fraktion.berlin.de